Die schweizerische Wirtschaft in [i.e. im] Jahre 1970

Autor(en): **Traber, Hans A.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **63 (1971)**

Heft 3

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354493

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die schweizerische Wirtschaft in Jahre 1970

Die schweizerische Wirtschaft stand 1970 im Zeichen einer aussergewöhnlichen Hochspannung. Das Produktionspotential war wie schon 1969 bis zum Aeussersten beansprucht. Trotzdem wurde der Nachfrageüberhang zusehends grösser, so dass sich in der Folge auch die Teuerung rapid beschleunigte. Der Auftrieb bei den Konsumentenpreisen verstärkte sich von 2,5 Prozent bis in den Sommer hinein rasch auf fast 5 Prozent im Herbst, was selbst den Bundesrat und seine Experten alarmierte. Ihre Lagebeurteilung vom 4. November 1970 ergab eine wenig erfreuliche Diagnose: «Allmähliche Stabilisierung der Konjunkturüberhitzung und Inflation auf gefährlich hohem Niveau.»

Importe im Zeichen des Investitionsbooms

Einen wichtigen Beitrag zu dieser Entwicklung lieferte die erneute Zunahme der Ausfuhr um 11 Prozent auf über 22 Mia Fr., was neben der überwiegend guten Wirtschaftslage in unseren wichtigsten Absatzländern vor allem der hohen Konkurrenzfähigkeit der gesamten schweizerischen Exportindustrie zu verdanken ist.

Von dieser Zunahme haben fast alle Industriezweige profitiert; einzig bei den Stickereiprodukten war ein empfindlicher Verkaufsrückgang zu verzeichnen.

Industriezweige	Ausfuhr 1970 in Mio Fr.	Veränderung gegenüber Vorjahr
Metall- und Maschinenindustrie	11 783	+12%
darunter		
Maschinen	6 568	+14%
Instrumente, Apparate	1 065	+17%
Uhren	2 629	+ 6%
Chemische Industrie	4 677	+10%
Textilindustrie	1 950	+ 7%
darunter		
Stickereien	171	— 5%
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1 331	+19%
darunter		
Käse	317	+11%
Tabakwaren	455	+34%

Allerdings darf bei der Beurteilung dieser Zahlen nicht übersehen werden, dass das Exportwachstum im 2. Halbjahr 1970 merklich nachgelassen hat. Offensichtlich waren die letzten Leistungsre-

serven der Exportindustrien erschöpft und die ausländischen Käufer immer weniger bereit, die überaus langen Lieferfristen der schweizerischen Industrie zu akzeptieren. Die einheimischen Produzenten haben daher in noch stärkerem Masse als 1969 ausländische Vorprodukte verarbeitet und vor allem zusätzliche ausländische Investitionsgüter gekauft, um die Produktionskapazitäten zu vergrössern und damit die eigene Leistungsfähigkeit zu verbessern.

Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten erhöhte sich um 23 Prozent und jene von Investitionsgütern sogar um 35 Prozent. Massgeblich daran beteiligt waren insbesondere Maschinen, Instrumente, Apparate, Stahl, chemische Grundstoffe und gewerbliche Chemikalien. Dagegen war die Zuwachsrate bei den importierten Konsumgütern mit «nur» 17 Prozent knapp geringer als 1969, weil sich offensichtlich die hochgeschraubten Erwartungen einer kräftigen Konsumsteigerung bisher nicht erfüllt haben.

Der massive Anstieg der Gesamteinfuhr von 23 auf fast 28 Mia Fr. widerspiegelt sich auch in der Entwicklung des *Handelsbilanzdefizites,* das innert Jahresfrist von 2,7 Mia Fr. auf die noch nie erreichte Höhe von 5,7 Mia Fr. zunahm. Fachleute erwarten daher auch unter Berücksichtigung der hohen Zinserträgnisse der schweizerischen Kapitalanlagen im Ausland und des guten Geschäftsganges in der schweizerischen Fremdenverkehrsindustrie, deren Erlöse als sogenannte unsichtbare Exporte verbucht werden, einen massiven Rückgang des 1969 noch auf 2,3 Mia Fr. geschätzten Ertragsbilanzüberschusses.

Erneuerung und Ergänzung der Betriebsausrüstungen werden forciert

Die Investitionstätigkeit, die sich seit 1967 fortwährend beschleunigt hatte, trug auch 1970 massgeblich zur Ueberhitzung der schweizerischen Wirtschaft bei. Nach vorläufigen Berechnungen verstärkte sich der Anstieg der realen Investitionen von 8 Prozent im Jahre 1969 auf über 10 Prozent im Jahre 1970. Doch im Gegensatz zu 1969 war die Wachstumsbeschleunigung weniger von den Bauinvestitionen, als vielmehr von den Ausrüstungsinvestitionen getragen. Die hektische Tätigkeit im gewerblich-industriellen Bau im Jahre 1969 schuf somit den für die Erweiterung der Produktionskapazitäten nötigen Raum, der dann 1970 mit den entsprechenden Maschinen, Apparaten und Instrumenten ausgerüstet worden war. Dies wird die Leistungsfähigkeit der Industrie zwar weiter verbessern. Da die neuen Geräte aber auch bedient werden müssen, wird die Jagd nach Arbeitskräften und wegen des Mangels an – vor allem ausländischen – Arbeitern auch die Konzentrations- und Fusionswelle anhalten; Beleg dafür sind die fast täglich aus allen Branchen und Regionen

publizierten Zusammenarbeitsvereinbarungen grösserer und kleinerer Betriebe.

Aber auch der *Wohnungsbau* wies ein beachtliches Wachstum auf. Im 1. Halbjahr 1970 wurden in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern 21 838 neue Wohnungen erstellt; das sind 2270 Einheiten oder 12 Prozent mehr als im 1. Halbjahr 1969. Auch die Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen war mit 53 645 Einheiten mehr als 10 Prozent höher als vor Jahresfrist. Seither stieg die Wohnungsproduktion in den 65 von der Statistik erfassten Städten weiter an, so dass hier 1970 im ganzen 22 298 neuerstellte Wohnungen oder 9 Prozent mehr als 1969 ermittelt werden konnten. Dagegen hat sich die Zahl der baubewilligten Wohnungen etwas verringert. Der Rückgang betraf aber einzig die Gruppe der Grossstädte, während in den 60 anderen Städten das Vorjahresergebnis gehalten werden konnte.

Allerdings soll bereits verschiedenenorts ein erhöhtes Vermietungsrisiko und damit eine gewisse Zurückhaltung gegenüber neuen Wohnbauengagements bestehen – eine Aussage, die sich mit dem gerade in den Städten notorisch tiefen Leerwohnungsbestand schwer vereinbaren lässt. Wahrscheinlicher ist, dass neben den Kreditrestriktionen vor allem die hoffnungslose Ueberlastung der Bauwirtschaft und die daraus resultierende Kostenexplosion die sich abzeichnende Stagnation im Wohnungsbau verursachen werden. Dieser Ueberlastung kann allein mit zusätzlichen Arbeitskräften nicht mehr entgegengetreten werden; ein entscheidender Erfolg lässt sich nur noch mit einer durchgreifenden Baurationalisierung erzielen, wozu neben vielem anderen auch ein Durchforsten des Bauvorschriftendschungels und eine beschleunigte Normierung der Bauelemente zählen.

Detailhandel im Umbruch

Dagegen blieb die Belebung des *privaten Konsums* entgegen den Erwartungen bescheiden. Dementsprechend konnte auch der Detailhandel keinen vollen Nutzen aus der beschleunigten gesamtwirtschaftlichen Aktivität ziehen. Sein wertmässiger Umsatzzuwachs liegt mit 7 Prozent nur knapp über der vorjährigen Steigerungsrate. Berücksichtigt man, dass davon mehr als 3 Prozent durch Preiserhöhungen bedingt sind, so lässt sich eine mengenmässige Verkaufszunahme von 4 Prozent errechnen. Das sind aber bloss zwei Drittel der 1969 erzielten realen Absatzausweitung.

Die besten Verkaufsresultate wurden einmal mehr von Waren des Wahlbedarfs – das sind Sport- und Freizeitartikel – sowie in den Sparten Automobile, Apparate, Haushaltungsgegenstände und Möbel erzielt. In der Bekleidungsbranche wirkte sich dagegen die spürbare Zurückhaltung der Damenwelt gegenüber der Midi- und Maximode umsatzhemmend aus.

Im Detailhandel vollzieht sich zudem ein geradezu hektischer Wandel, der fast ausschliesslich eine Folge der modernen Lebens- und Einkaufsgewohnheiten ist, indem die Bevölkerung einen wachsenden Teil der verfügbaren Einkommen für warenfremde Dienstleistungen wie Reisen, Erholung und Bildung ausgibt und sich für den Wareneinkauf den verkehrsgünstiger gelegenen Verbrauchermärkten zuwendet. Ein Beispiel dafür ist das Shopping-Center Spreitenbach im Raume Zürich, das über die Autobahnen auch Kunden aus den Räumen Bern und Basel anzieht. Im Berichtsjahr wurde auch damit begonnen, warenfremde Dienstleistungen, wie z. B. von Coop und der Genossenschaftlichen Zentralbank Bankschalter, in den Detailhandel zu integrieren.

Es ist daher nicht überraschend, dass – wie die Schweizerische Bankgesellschaft in ihrem Bulletin über das Wirtschaftsjahr 1970 schreibt – der Konkurrenzkampf im Detailhandel mit unverminderter Schärfe weitergeht. «Da überdies die Samstagsarbeit des Verkaufspersonals die Abwanderung in Büroberufe fördert und nur durch überdurchschnittliche Lohnsteigerungen gebremst werden kann, ist die Verdienstmarge des Detailhandels unter zweifachen Druck geraten: von der Kostenseite her durch das ständige Steigen der Mieten und Personalkosten, von der Marktseite her durch die sich ausbreitende Discount-Welle.»

Erneut grössere Personalbestände im Dienstleistungssektor

In der *Beschäftigungsstatistik* haben sich die oben wiedergegebenen Befürchtungen des Detailhandels allerdings noch nicht niedergeschlagen. Im Gegenteil: Der Detailhandel als ganzes gesehen vermochte 1970 die Zahl der von ihm beschäftigten Arbeitnehmer um mehr als 1,5 Prozent zu erhöhen. Die Wachstumsrate war damit stark überdurchschnittlich, während die Banken mit fast 12 Prozent die grösste Beschäftigungszunahme aufwiesen.

In der Industrie und in der Bauwirtschaft jedoch stagnierte die Gesamtbeschäftigung praktisch auf dem Stand von 1969. Der für das Betriebspersonal der Industrie repräsentative Index ging sogar von Quartal zu Quartal leicht zurück und lag Ende Dezember 1970 um 1,5 Prozent tiefer als ein Jahr zuvor. Die grössten Abnahmen hatten mit rund 5 Prozent die Bekleidungs- und Lederindustrie zu verzeichnen, während die Tabakindustrie die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 10 Prozent erhöhen konnte.

Beschleunigter Lohn- und Preisauftrieb

Anderseits hat sich der *Lohnauftrieb* im Gefolge des unverminderten Arbeitskräftebedarfs, der seit dem Frühjahr verschärften Fremdarbeiterregelung und der erhöhten Freizügigkeit für kontrollpflichtige Ausländer verstärkt. Die Lohnsätze in Industrie und Bau-

gewerbe, die sich 1969 um 4 Prozent erhöht hatten, stiegen 1970 nochmals um 8 Prozent an, was die stärkste jährliche Steigerung seit dem Zweiten Weltkrieg darstellt. Dieser Anstieg ist für schweizerische Verhältnisse wohl beachtlich, im Vergleich mit dem gegenwärtigen Lohnauftrieb in unseren Nachbarländern – vor allem mit den 20prozentigen Lohnsteigerungen in Italien – aber fast bescheiden. Will die schweizerische Wirtschaft für Arbeitnehmer aus diesen Ländern weiterhin attraktiv bleiben, so ist sie gezwungen, den dort herrschenden Lohnauftrieb zu importieren. Aus dieser Situation heraus ist auch für 1971 mit einer stärkeren Erhöhung des schweizerischen Lohnniveaus zu rechnen.

Die Verbesserung der *Kaufkraft* blieb jedoch merklich hinter den Lohnerhöhungen zurück, weil sich auch der Preisanstieg – vor allem im 2. Halbjahr – stark beschleunigte und dadurch mehr als die Hälfte der Lohnverbesserung wieder aufgewogen wurde.

Der Landesindex der Konsumentenpreise hat somit wie schon früher mit der üblichen zeitlichen Verzögerung auf die Ueberhitzung der Wirtschaft reagiert. Bis weit in den Sommer hinein war die monatliche Teuerungsrate jeweils nur unwesentlich grösser als 1969. Seither tendierten die Lebenskosten jedoch rasch und deutlich nach oben: Im August belief sich die Steigerung gegenüber dem Vorjahresstand auf 4,0 Prozent, im Oktober auf 4,9 Prozent, im Dezember bereits auf 5,4 Prozent und im Januar 1971 sogar auf 5,8 Prozent. Die 5 Prozent-Grenze ist letztmals im Winter 1965/66 während fünf Monaten überschritten worden. Der Satz von 5,8 Prozent jedoch stellt die grösste Teuerungsrate seit dem Herbst 1951 dar; damals wurde im Gefolge des Koreabooms während zwei Monaten sogar die 6 Prozent-Grenze überschritten.

Entscheidend für den Indexanstieg im Jahre 1970 war wie schon 1969 die Verteuerung der wichtigsten Dienstleistungen, vorab der Mieten und der ärztlichen Leistungen. Bei den Mietzinsen zeigte sich bereits im Mai ein leicht beschleunigter Anstieg um 6,4 Prozent, der sich bis zum November auf 7,6 Prozent verstärkte. Von dieser Erhöhung war etwas mehr als die Hälfte allein durch Mietzinsaufschläge bei Altwohnungen bedingt. Im weiteren verteuerten sich die Leistungen der Aerzte um 7,0 Prozent und jene der Coiffeure um 4,5 Prozent, während die Eintrittspreise für Kinovorführungen sogar um 10,9 Prozent anstiegen. Aber auch die Preise der Bedarfsgruppen Nahrungsmittel, Bekleidung, Haushalteinrichtung und -unterhalt erhöhten sich wesentlich stärker als im Vorjahr, und bei den Haushaltapparaten wurde die seit Jahren anhaltende Verbilligung von einem Preisanstieg abgelöst. Weitaus am stärksten verteuert haben sich jedoch mit über 30 Prozent die festen und flüssigen Brennstoffe; bei Heizöl war der Wandel des für die Oelwirtschaft typischen Käufermarktes in einen Verkäufermarkt massgebend.

Wende am Geld- und Kapitalmarkt führt zu düsteren Prophezeiungen

Auch bei den *Zinssätzen* setzte sich 1970 die Aufwärtsbewegung vorerst fort. Die Gründe dafür waren wie schon 1969 die Sogwirkung der zeitweise 10 und mehr Prozent betragenden Zinssätze auf den Euromärkten und die im Zuge des Investitionsbooms auch im Inland steigende Nachfrage nach Finanzierungsmitteln. Tagesgelder kosteten zeitweilig mehr als 6 Prozent, die Zinssätze für Kassenobligationen wurden auf 5½ bis 5¾ Prozent erhöht. Auch die durchschnittliche Verzinsung von Spareinlagen stieg bei 12 Kantonalbanken von 3,71 Prozent Ende 1969 auf 4 Prozent Ende 1970 und auf 4,19 Prozent im Januar 1971. Zudem haben verschiedene Banken eine weitere Erhöhung auf 4,5 Prozent auf den kommenden 1. April angekündigt.

Seit Mitte 1970 jedoch war auf den Euromärkten ein markanter Rückgang der Zinssätze festzustellen, zur Hauptsache wegen der Abkehr der USA von der restriktiven Geld- und Kreditpolitik. «Für schweizerische Anleger, die in den letzten Jahren umfangreiche mittel- und langfristige Gelder kurzfristig auf den Eurodollarmarkt angelegt haben, ist es daher – so schreibt die Schweizerische Nationalbank – interessant geworden, die Mittel bei Fälligkeit zu repatriieren.» Der beschleunigte Rückfluss von Geldern in die Schweiz hat denn auch die Zinssätze für kurzfristig ausgeliehene Gelder drastisch sinken lassen und auch am Kapitalmarkt eine spürbare Entspannung bewirkt. Im Januar 1971 wurden neue Anleihen teilweise stark überzeichnet, obschon sich die Zinsbedingungen zuungunsten der Zeichner verschlechtert haben. Auch die Rendite eidgenössischer Obligationen lag bereits ¼ Prozent unter dem im April 1970 erreichten Höchststand von 5,88 Prozent.

Dieser – in den Augen der Stabilitätspolitiker «künstlich» herbeigeführte – Geldzufluss steht nach Auffassung der schweizerischen Nationalbank nicht im Einklang mit den konjunkturpolitischen Erfordernissen der Schweiz und droht der Inflation neue Impulse zu geben. Die «Antiinflationisten» befürchten daher, dass die Ausstrahlungen der prononciert expansiven Wirtschaftspolitik der USA unser Land erreichen werden, bevor dem gegenwärtigen Boom im Gegensatz zu 1967 die «Spitze» abgeschnitten sei. Ohne Gegenmassnahmen führe dies notgedrungen zur wirtschaftlichen Katastrophe mit den entsprechenden politischen und sozialen Folgen. Dieser Gefahr könne nach aussen hin mit einer besseren internationalen Währungsdisziplin und nach innen hin mit einem konjunkturpolitischen Instrumentarium begegnet werden. Der Ruf nach vermehrter Währungsdisziplin lässt sich in einem Land mit 104 Arbeitslosen – das sind 0,0 Prozent – leicht erheben; er tönt jedoch hohl angesichts der eigenen 20jährigen hemmungslosen Wirtschaftsexpansion und ange-

sichts der 6 Prozent Arbeitslosen, die in den USA als dem «grössten» Währungssünder gezählt worden sind. Was das konjunkturpolitische Instrumentarium betrifft, so wird sich ziemlich rasch zeigen, welche Instrumente sich mit den «Grundsätzen der Marktwirtschaft» vereinbaren lassen: Der Bundesrat hat eine entsprechende Vorlage für die zweite Hälfte 1971 in Aussicht gestellt. Unsere Erwartungen sind jedoch bescheiden. Angesichts der politischen Verhältnisse wird sich in einem Wahljahr erst recht nichts durchsetzen können, das schon bisher in den Eidgenössischen Räten keine Gnade gefunden hat.

Infolgedessen lauten die wirtschaftlichen Prognosen für das Jahr 1971 im ganzen eher inflatorisch: Das Angebot an Waren und Dienstleistungen, das 1970 real um 4,5 Prozent auf fast 90 Mia Fr. angestiegen ist, wird der Nachfrageentwicklung weiterhin nachhinken, so dass sich der bereits jetzt beunruhigend starke Auftrieb bei den Lebenskosten zeitweilig eher noch beschleunigen wird.

Dr. Hans A. Traber, Zollikofen-Bern

Polen: Es geht um mehr als nur um soziale Besserstellung

Der neue Erste Mann Polens, Edward Gierek, hat seine Position bislang nicht in dem Masse konsolidieren können, wie allgemein erwartet wurde. Die soziale und politische Situation ist äusserst kritisch geblieben, wie die jüngste Entwicklung im Textilindustriezentrum Lodz zeigte, wo 120 000 Textilarbeiter wenige Tage nach dem 8. Plenum des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (KP) die Arbeit niederlegten.

Keine grundlegenden Reformen

Neben den Lohnerhöhungen bis zu 16 Prozent verlangten die Streikenden mit aller Deutlichkeit das Mitspracherecht im Betrieb, Mitbestimmung auf allen Ebenen des Partei- und Staatsapparates und Pressefreiheit. In den Verhandlungen mit Ministerpräsident Jaroszewicz betonten sie ihr Recht auf Selbstbestimmung der Leistungsnormen und beanspruchten ein einheitliches Arbeits-, Lohn- und Prämiengesetz, welches von den Planbehörden nicht mehr willkürlich ausgelegt werden dürfe. Sie protestierten gegen die subjektive Festlegung und Veränderung von Normen, welche für sie regelmässig Lohnkürzungen und Plansollerhöhungen bedeuteten.